

1. Wie sehen Sie die Entwicklung der Thüringer Feuerwehren in den nächsten fünf Jahren? Welche Bedeutung messen Sie dabei den Freiwilligen Feuerwehren – insbesondere den Orts(teil)feuerwehren im ländlichen Raum – zu, um flächendeckend im Freistaat Thüringen den Brandschutz, die Allgemeine Hilfeleistung und den Katastrophenschutz sicherstellen zu können?

Die Feuerwehren im Freistaat tragen die Verantwortung für den Brand- und Katastrophenschutz sowie für die Allgemeine Hilfeleistung. Sie sind daher maßgeblich an der Gefahrenabwehr in Thüringen beteiligt und leisten somit einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit unserer Bürger. Über 97 Prozent der Thüringer Feuerwehrangehörigen verrichten ihren Dienst bei der Feuerwehr ehrenamtlich. Damit wird deutlich, dass erst durch das freiwillige Engagement dieser fast 34.000 Frauen und Männer, die in über 1.600 Gemeinde-, Stadtteil und Ortsteilfeuerwehren organisiert sind, ein flächendeckender Brand- und Katastrophenschutz im Freistaat gewährleistet werden kann. Daneben machen sich die Freiwilligen Feuerwehren aber auch noch in anderer Hinsicht um die Lebensqualität in den Gemeinden verdient. Denn es sind gerade die Feuerwehrvereine, die neben den Sport- und Schützenvereinen die größte Vereinssparte in Deutschland stellen. Sie veranstalten Feuerwehrfeste, machen aktiv bei Gemeindefeiern mit und fördern somit das bürgerschaftliche Engagement.

Vor dem Hintergrund der weitreichenden gesamtgesellschaftlichen Bedeutung unserer Feuerwehren, ist es nach Ansicht der Thüringer AfD die Aufgabe der Landespolitik, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Feuerwehren auch in Zukunft noch über die benötigten personellen und sachlichen Mittel verfügen, um flächendeckend handlungsfähig zu bleiben. Hierfür müssen den Feuerwehren nicht nur die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern es müssen auch neue Anreize für die Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr gesetzt werden, um die Bürger wieder stärker für das ehrenamtliche Engagement begeistern zu können. Wichtig ist es auch den ländlichen Raum durch die notwendige Infrastruktur (Wohnraum, Kindergärten, Schulen, Gewerbeansiedlungen, Internet, etc.) lebensfähig zu erhalten. Nur wenn Arbeitsplätze der Kameraden auch am Ort sind, ist die Einsatzfähigkeit auch am Tage gewährleistet.

2. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode in Angriff nehmen, um die Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz zu stärken? Welche Prioritäten sehen Sie bei der Ausbildung der ehren- und hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen? Welche Möglichkeiten sehen Sie zu einer zeitnahen Verbesserung der baulichen Situation (Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer/-innen, Lehrräume ...)?

Bereits seit Jahren herrscht an der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz eine unbefriedigende Ausbildungssituation, da qualifiziertes Lehr- und Ausbildungspersonal fehlt und es infolgedessen immer wieder zu erheblichen Ausfällen von Lehrgängen kommt. Zugleich fehlt es aber auch an

Verwaltungspersonal, so dass viele Verwaltungsaufgaben von den Lehrkräften nebenbei erledigt werden müssen. Die Thüringer AfD wird sich daher dafür einsetzen, dass die Anzahl der Planstellen für Ausbilder und Lehrkräfte sowie im Bereich des Verwaltungspersonals an der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule deutlich erhöht werden. Damit Thüringen sich auf dem knappen Arbeitsmarkt für diese Experten durchsetzen kann und die neu zu schaffenden Stellen auch tatsächlich besetzt werden, wollen wir die nötigen Anreize schaffen, um das qualifizierte Personal für eine Tätigkeit in Thüringen zu begeistern. Bei der Ausbildung der ehren- und hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen sollten die begrenzten personellen Ressourcen vor allem auf die grundlegenden und wichtigsten Lehrgänge konzentriert werden. Spezialausbildungen sollten demgegenüber von externen Ausbildungseinrichtungen übernommen werden, wobei der Freistaat die hierfür benötigten Mittel bereitstellen muss.

Dass sich die Unterkünfte und die Lehrräume, die für die Lehrgangsteilnehmer bestimmt sind, in einem kritischen Zustand befinden, ist bereits seit Langem bekannt, dennoch haben die Verantwortlichen es versäumt, die bestehenden Missstände rechtzeitig zu beheben. Ein weiteres Abwarten ist den Lehrgangsteilnehmern nicht mehr zumutbar. Aus diesem Grund befürwortet die Thüringer AfD zur Überbrückung der Wartezeit bis zur Fertigstellung der Sanierungsarbeiten, dass für die Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer und für die Durchführung des Unterrichts Räumlichkeiten angemietet werden und die hiermit verbundenen Kosten vom Freistaat übernommen werden.

3. Beabsichtigen Sie weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit in den Thüringer Feuerwehren? Welche Maßnahmen und Unterstützungsangebote können Sie sich hier vorstellen?

Angesichts der Tatsache, dass ein flächendeckender Brand- und Katastrophenschutz im Freistaat nur durch die Mitwirkung der Freiwilligen Feuerwehren aufrechterhalten werden kann, ist es nach Überzeugung der Thüringer AfD geboten, dass das Ehrenamt in seinem öffentlichen Ansehen gestärkt wird. Zugleich müssen aber auch konkrete Anreize für ein ehrenamtliches Engagement in der Feuerwehr geschaffen werden.

Aus diesem Grund setzte sich die AfD-Fraktion im Rahmen der Debatte um den Haushalts für das Jahr 2020 dafür ein, dass der von der Landesregierung vorgeschlagene Haushaltsansatz für die Feuerwehrrente von ursprünglich fünf Millionen Euro auf elf Millionen Euro erhöht wird. Nach unserer Überzeugung verdienen die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr für ihr langjähriges selbstloses Engagement zugunsten der Allgemeinheit eine spürbare Aufwertung ihrer Rente.

Darüber hinaus brachten wir in den Haushaltsverhandlungen auch einen Änderungsantrag ein, der es den Gemeinden und Landkreisen ermöglicht hätte, einen Sonderlastenausgleich in Höhe von 10 Millionen Euro für die persönliche Schutzausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren zu erhalten. So wären rechnerisch jedem ehrenamtlich tätigen Mitglied der Feuerwehr etwa 250 Euro zugutekommen.

Obwohl die beiden genannten Forderungen die Situation der ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleute spürbar verbessert hätten, wurden sie von allen Altparteien reflexartig abgelehnt. Nichtsdestoweniger werden wir unsere politische Schlagkraft weiter dafür einsetzen, um diese Forderungen in der kommenden Legislaturperiode zu realisieren und die Bedingungen für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr zu verbessern.

4. Welche Förderschwerpunkte sehen Sie in der nächsten Legislaturperiode bei der Unterstützung der Thüringer Jugendfeuerwehren und der Brandschutz- und Sicherheitserziehung an den Thüringer Schulen?

Durch die in den vergangenen Jahren konstant gestiegene Anzahl von Mitgliedern in den Jugendfeuerwehren hat naturgemäß auch die Nachfrage nach den entsprechenden Lehrgängen zugenommen. Damit die Durchführung eines qualitativ hochwertigen Unterrichts trotz gesteigener Nachfrage durchgehend gewährleistet werden kann, wird die Thüringer AfD sich für die Einführung einer zweiten Bildungsreferenten-Stelle für die Thüringer Jugendfeuerwehr einsetzen.

Damit die bereits gestiegenen Mitgliederzahlen in den Jugendfeuerwehren nicht nur gehalten, sondern auch weiter ausgebaut werden können, müssen Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig für ein Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr begeistert werden. Hierfür ist die Brandschutz- und Sicherheitserziehung an Thüringens Schulen eine ideale Möglichkeit. Nach unserer Überzeugung ist es die Aufgabe des Freistaates dafür Sorge zu tragen, dass die erforderlichen finanziellen Mittel für die Einstellung von hauptamtlichen Brandschutzerziehern sowie für den Erwerb der erforderlichen Lehrmaterialien bereitgestellt werden. Die AfD fordert verlässlichen Zugang für Bundeswehr, THW, FFW, DRK, etc. zu den Schulen ermöglichen. Dieser Zugang darf nicht von den politischen Vorlieben der Entscheidungsträger abhängig sein.

5. Mit der Einführung des BOS-Digitalfunks wird auch der Aufbau eines Netzes zur digitalen Alarmierung der Einsatzkräfte notwendig. In welcher Verantwortung sehen Sie hier den Freistaat Thüringen, um ein einheitliches, nach den gleichen Standards und redundantes Alarmierungssystem im gesamten Freistaat sicherzustellen? Wer soll zukünftig die Kosten für dessen Betrieb tragen? Welche Beteiligung des Freistaates können Sie sich hier vorstellen?

Der Aufbau und Betrieb eines Netzes zur digitalen Alarmierung der Einsatzkräfte kann nicht den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten aufgebürdet werden, sofern hiermit hohe Kosten verbunden sind, die sie nicht alleine bewältigen können. Aus diesem Grund sollte hier der Freistaat sowohl den Aufbau wie auch den Betrieb des Netzes organisieren und zugleich die gesamten Investitions- und Betriebskosten übernehmen.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Strukturoptimierung der Zentralen Leitstellen in Thüringen? Welche Verantwortung soll Ihres Erachtens hier der Freistaat übernehmen und

wie wollen Sie die betroffenen Gebietskörperschaften bei der notwendigen Optimierung unterstützen? Befürworten Sie einheitliche Standards und beabsichtigen Sie die Förderung einer einheitlichen Ausstattung der Zentralen Leitstellen durch den Freistaat?

Zur Strukturoptimierung der Zentralen Leitstellen wollen wir, dass diese mit einer einheitlichen Ausrüstung ausgestattet werden, die sich auf dem aktuellen Stand der Technik befindet. Aktuelle und einheitliche Datenbestände des Einsatzleitsystems in allen Leitstellen Thüringens sind die Grundvoraussetzung, dafür dass im Falle technischer Komplikationen benachbarte Leitstellen einspringen und eingehende Anrufe übernehmen können. Die Beschaffung der einheitlichen Einsatzleitsoftware sowie die Übernahme der damit verbundenen Kosten sollte dabei der Freistaat Thüringen übernehmen.